Der Bürgermeister führt kurz in das Thema ein. Hintergrund sei u.a. die Diskussion um ein mögliches Gewerbegebiet an der B8. Diesbezüglich habe sich eine Bürgerinitiative etabliert. Vor diesem Hintergrund seien die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung geprüft und die Notwendigkeit der Anpassung der vorgelegten Satzung festgestellt worden.

Zum Satzungstext ergeben sich verschiedenen Verständnisfragen. Auf Frage von Frau Miethke bestätigt Herr Wahl, dass es sich bei den jeweils angefügten Passagen um die vorgeschlagenen Änderungsvorschläge handelt.

Unter Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 spricht Frau Miethke die unterschiedlichen Fristen von 35 und 16 Tagen an.

Herr Wahl erklärt, dass dies gemäß Kommunalwahlrecht gesetzlich vorgeschriebene Fristen seien. Der 35. Tag beziehe sich auf die Erstellung des Abstimmungsverzeichnisses, der 16. Tag auf die Wahl- bzw. Abstimmungsberechtigung.

Desweiteren schlägt Frau Miethke vor, in der die Formulierung in § 6 Abs. 3 „...können in jedem Stimmbezirk des Abstimmungsgebietes...“ das „jedem“ herauszustreichen, da es im Grunde ja nur einen Stimmbezirk gebe.

Auf weitere Frage von Frau Miethke zu § 16 des Satzungsentwurfes erklärt Herr Wahl, dass die Mehrheit mindestens 20 vom Hundert der Bürger und nicht der tatsächlichen Wähler erreicht sein muss.

Im Umkehrschluss, so Herr Zielinski, bedeute dies, dass bei einer Beteiligung von nur 10 Prozent der Wahlberechtigten/Bürger das Ziel des Bürgerentscheides gar nicht erreicht werden könne.

Frau Miethke bedankt sich für die Beantwortung der Fragen und erklärt, dass die CDU der Vorlage zustimmen werde.

Herr Utsch bittet, in § 11 Abs. 3 die Formulierung „In und an dem Gebäude, in dem sich der Abstimmungsraum befindet...“ durch „im Rathaus“ zu ersetzen, da ja ohnehin nur das Rathaus als Abstimmungsraum festgelegt sei.

In weiteren kurzen Wortbeiträgen wird deutlich, dass bei eventuellen Änderungen in Bezug auf das Abstimmungsgebäude die von der Verwaltung vorgeschlagene Regelung unverfänglicher ist.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, lässt der Bürgermeister abstimmen.